



>> **intern**

E 10186

CDU-Kreismitgliederversammlung und CDU-Kreisparteitag

In der neuen Seebronner Halle fanden die CDU-Kreismitgliederversammlung und der anschließende CDU-Kreisparteitag statt. Sowohl die Redner als auch die Dekoration waren ganz auf Europa eingestellt. Schließlich ging es darum, die Vertreter für die Bezirks- und Landesvertreterversammlung zu wählen, bei der sich unser CDU-Kreisvorsitzender Klaus Tappeser um den Listenplatz 4 für die Europawahl und damit als Nachfolger von Elisabeth Jeggle MdEP bewerben wird. Klaus Tappeser und auch Elisabeth Jeggle MdEP stellten jedoch klar, dass bei der Einladung



Als Beispiel nannte sie die Standards für Landwirte. Eindringlich bat sie darum den Islam als Religion zu respektieren. Mit dem fundamentalistischen Islam habe sie nichts zu tun. An ihrer Rede konnte man erkennen, dass das ganze Spektrum europäischer Politik unermesslich groß ist. „Bei allem, was zu kritisieren ist, ist Europa jedoch eine Erfolgsgeschichte - ich bin und bleibe überzeugte Europäerin“, schloss Jeggle ihre Rede, als die Ergebnisse der Wahl vorlagen.

und Planung der Veranstaltung in Seebronn noch gar nicht bekannt gewesen sei, dass sie nicht mehr antreten werde und auch Klaus Tappeser habe an eine Kandidatur nicht gedacht. „Gegen Elisabeth Jeggle hätte ich nie kandidiert“, sagte er in seiner kurzen Stellungnahme. Auch Norbert Lins, der ebenfalls für den Listenplatz 4 kandidieren wird, war Gast in Seebronn.



Am 23. Januar 2013 hat der CDU-Kreisvorstand Tübingen bei einer mitgliederoffenen Kreisvorstandssitzung in Bühl Klaus Tappeser einstimmig die Unterstützung für seine Kandidatur um Listenplatz 4 und damit die Nachfolge von Elisabeth Jeggle MdEP bei der Europawahl 2014 ausgesprochen.

Der Kreisvorstand freut sich, mit Klaus Tappeser einen Kandidaten mit viel kommunaler Erfahrung, starker Persönlichkeit und Ausstrahlung ins Rennen zu schicken.

Elisabeth Jeggle MdEP streifte in ihrer Rede zentrale und aktuelle Themen, die Europa beschäftigen. So nahm sie zum Beispiel zum Rücktritt und zur Amtszeit von Papst Benedikt Stellung („Dieser Papst hat Europa ein Gesicht gegeben“) und warb für Vertrauen und Verständnis unter den Partnern der EU. „Auf der großen europäischen Ebene können Regeln nie für alle passen“, führte Elisabeth Jeggle MdEP aus.

Als Vertreter zur CDU-Bezirksvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Wahl zum 8. Europäischen Parlament wurden Federica Maier, Ellen Bernhard, Rose Hilbert, Klaus Tappeser, Gabriele Hagner, Stephan Neher, Dr. Robert Merz, Andreas Braun, Ferdinand Truffner, Eckhard Spanagel, Michael Rak und Patrick Weber gewählt.

Fortsetzung auf Seite 2

Zur CDU-Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Wahl zum 8. Europäischen Parlament fahren Klaus Tappeser, Horst Schuh, Rose Hilbert und Ellen Bernhard.

Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB ging bei ihrem Grußwort auf die beiden aktuellen Themen Bildung/Gemeinschaftsschule und Regionalstadtbahn ein. Ebenso nahm sie Stellung zu der aktuellen Pflegesituation und den in der Presse diskutierten „Extremkostenfällen“. Bei der anschließenden Fragerunde wurde noch lebhaft diskutiert.

Horst Schuh wurde klar im ersten Wahlgang mit 58% der Stimmen als Delegierter zum CDU-Bundesparteitag gewählt.

Ellen Bernhard
Kreispressereferentin



**Liebe Freundinnen
und Freunde unserer
Christlich Demokratischen Union,**

seit Jahren dürfen wir Frieden und Wohlstand durch die Europäische Union erfahren. Eine Alternative in unserer globalisierten Welt gibt es nicht. Selbst unser wirtschaftlich starkes Baden-Württemberg braucht die Solidarität eines geeinten Europas, um sich in der Welt behaupten zu können. Die Vision des geeinten Europas von damals wird immer mehr zur Realität bei den Menschen vor Ort. Elisabeth Jeggle vertritt unsere Interessen mit Umsicht, Kompetenz und Erfolg im Europäischen Parlament. Ihr ist es zu verdanken, dass die Eigenheiten unseres ländlich strukturierten Raumes gebührend berücksichtigt sowie weiterentwickelt worden sind und Württemberg-Hohenzollern seine Identität bewahren konnte.

Damit die gute Arbeit von Elisabeth Jeggle für die Menschen unseres Bezirks auch in Zukunft fortgesetzt werden kann, bewerbe ich mich um ihre Nachfolge im Europäischen Parlament auf den Listenplatz vier in Baden-Württemberg für Württemberg-Hohenzollern und bitte dabei um Ihre Unterstützung.

Europa braucht große Visionen um voranzukommen. Diese können jedoch nur im Kleinen mit den Menschen vor Ort zusammen zur Realität werden. Diese Herausforderung möchte ich mit Ihnen zusammen annehmen.

Gerne stelle ich mich Ihnen vor:

Klaus Tappeser, 55 Jahre alt, verheiratet mit Priska Tappeser, zwei erwachsene Kinder.

Meine ersten 19 Lebensjahre verbrachte ich in Bad Saulgau und führte dort einige Jahre die Junge Union. Danach wurde ich Soldat, studierte an der Bundeswehruniversität München Berufs- und Wirtschaftspädagogik und absolvierte von 1990 bis 1992 an der Führungsakademie Hamburg den Generalstabslehrgang. Zu Beginn meiner 16-jährigen Bundeswehrzeit lernte ich nicht nur meine Frau Priska kennen und lieben, sondern auch die harte Arbeit in ihrem Familienbetrieb der Land- und Gastwirtschaft in Ostrach-Magenbuch, der auch heute noch von meinem Schwager geführt wird. Deshalb weiß ich aus Erfahrung, wie wichtig die Landwirtschaft und der ländliche Raum für unsere Region sind.

Als Batteriechef, im Stab der 10. Panzerdivision in Sigmaringen, sowie an der Führungsakademie, waren internationale Kontakte und Projekte regelmäßige Aufgaben. In dieser Zeit habe ich gelernt, was es bedeutet mit anderen Nationen und Kulturen zusammenzuarbeiten und gemeinsam Lösungen zu finden.

1992 wählte mich der Kreistag von Ravensburg zum Sozialdezernenten. Knappe vier Jahre durfte ich das Umfeld für sozial Benachteiligte, Migranten, Kinder und Jugendliche mitgestalten. Hilfe zur Selbsthilfe war Leitsatz der Projekte, die mir besonders am Herzen lagen, sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Finanziert wurden diese Projekte unter anderem aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), was

mir vertiefte Kenntnisse von europäischen Verwaltungsabläufen verschaffte. So weiß ich was es bedeutet, EU-Mittel vor Ort passgenau für Projekte in der Region zu beantragen und zu verwalten. Daher werde ich mich in Brüssel und Straßburg dafür einsetzen, viele Projektmöglichkeiten für unsere Region mitzugestalten und die Beantragung und Verwaltung der Gelder so unbürokratisch wie möglich zu halten.

Zum Oberbürgermeister der Stadt Rotenburg am Neckar wurde ich 1995 gewählt und 2003 im Amt bestätigt. Der Umgang mit und die Anwendung von europäischen Gesetzen und Vorschriften beeinflussen das Leben, unsere Kommunen und somit auch meinen Alltag. Umweltschutzrichtlinien, Liberalisierung des Marktes für die Grundversorgung der Menschen, Wettbewerbsrecht und Verbraucherschutz sind zentrale Punkte. Lokale Agenda Projekte, Fairer Handel und regionale Vermarktung nach dem Motto, gut zu wissen was man isst und trinkt, durfte ich erfolgreich anstoßen. Als ehemaliger Oberbürgermeister weiß ich, was es heißt Verantwortung für Menschen zu übernehmen, zuzuhören und auf Sorgen und Probleme einzugehen.

Ab 2006 vertrat ich den Wahlkreis Tübingen als direkt gewählter Abgeordneter im Landtag. Dabei habe ich im Innen- und Wissenschaftsausschuss mitgewirkt und die Interessen unserer Raumschaft vertreten.

Im Jahre 2008 ließ ich mich von Partei und Landesregierung in die Pflicht nehmen und wurde zum Amtschef im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst berufen. Mein Aufgabenfeld erstreckte sich unter anderem auf die Förderung unserer Universitäten und Hochschulen im europäischen Bildungsraum, die Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsrahmenplans um damit auch unseren innovativen Mittel-

stand zu unterstützen bzw. die Arbeitsplätze im Land zu erhalten. Baden-Württemberg als Land der Tüftler und Bastler hat besonderes Interesse an Forschung und Entwicklung. Viele Programme werden von der EU finanziell unterstützt. Ich möchte mich mit meinem Hintergrundwissen dafür einsetzen, dass unsere Unternehmen auch weiterhin technologieweisend und marktführend bleiben.

Seit 2011 bin ich selbstständiger Berater für Politik und Wirtschaft und berate Kommunen sowie Unternehmen auch in Sachen EU-Strukturförderung. Durch diese Tätigkeit habe ich vertiefte Einblicke in die Bedürfnisse der Wirtschaft erlangen können, die nicht immer politisch sind.

Europa kennt die Vereinsstruktur wie wir sie in Deutschland und besonders in Baden-Württemberg haben nicht. Als Sportpräsident des Württembergischen Landessportbundes mit seinen 2,1 Millionen Mitgliedern bin ich in unserer Vereins- und Ehrenamtslandschaft zu Hause. Sie ist Ausdruck von Selbstverantwortung, Bürgerstolz und gelebter Solidarität, die es zu bewahren und zu erhalten gilt.

In unserer Christlich Demokratischen Union bin ich vielfältig verwurzelt:

Neben der Mitarbeit in unseren Vereinigungen bin ich seit 1997 Vorsitzender des Kreisverbandes Tübingen. Wahlkämpfe auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaebene habe ich regelmäßig erfolgreich für Parteifreundinnen, Parteifreunde und mich selbst bestritten.

Seit 1999 bin ich Mitglied des Kreistages Tübingen.

Europa braucht mehr kommunale Erfahrung. Unsere Region mit ihrer vielfältigen Struktur- von Landwirtschaft über einen innovativen Mittelstand bis zu exzellenten Hochschulen und Forschungseinrichtungen- muss auch weiterhin durch eine starke Persönlichkeit in Brüssel und Straßburg vertreten sein.

Meine Berufs- und Lebenserfahrung möchte ich für die Menschen unserer Region im Europäischen Parlament einsetzen, um gemeinsam mit Ihnen, liebe Freundinnen und Freunde, die Lebensqualität unserer Heimat zu erhalten und die Wirtschaftskraft weiter zu steigern.

Um Ihnen die Ziele meiner Kandidatur näher zu erläutern und Ihre Vorstellungen und Anregungen aufzunehmen, möchte ich gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Auf Begegnungen mit Ihnen freue ich mich und hoffe auf Ihre Mithilfe.

Mit besten Grüßen



Klaus Tappeser

Widmann-Mauz unterwegs



Am 11. Januar 2013 wurde Annette Widmann-Mauz MdB in Mössingen mit 98,4 Prozent zum fünften Mal in Folge als Kandidatin für den Deutschen Bundestag nominiert. Zum Start in den Wahlkampf gab es lang anhaltenden Beifall von den rund 200 anwesenden Mitgliedern der regionalen CDU Orts- und Stadtverbände. Der Abgeordnete war die Freude über diesen überwältigenden Vertrauensbeweis ins Gesicht geschrieben. Mit Blick auf das eindeutige Votum der Mitglieder meinte sie: „Das Ergebnis steht für eine starke CDU

vor Ort, die selbstbewusst und mit einem klaren Kurs ins Wahljahr geht. In Berlin will ich für unsere Region auch über 2013 hinaus meine Stimme und mein politisches Gewicht einbringen, wenn es darum geht, für sichere Arbeitsplätze, einen innovativen Mittelstand und eine generationengerechte Sozial- und Familienpolitik zu kämpfen. Ich freue mich auf einen engagierten Wahlkampf und danke allen Mitgliedern für das mir entgegengebrachte Vertrauen.“

<<<



Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Elysée-Vertrages, bei dem über 450 Abgeordnete der französischen Nationalversammlung nach Berlin kamen, traf die Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen-Hechingen, Annette Widmann-Mauz MdB, die Wahlkreisabgeordneten aus den französischen Partnergemeinden. Aus Paris angereist waren Virginie DUBY-MULLER, Abgeordnete des Kantons Saint-Julien-en-Genevois/Haute Savoie, Partnerregion von Mössingen, und Christian KERT,

Abgeordneter aus Aix en Provence, der Partnerstadt Tübingen. „Das persönliche Gespräch mit den französischen Kollegen hat mir einmal mehr gezeigt, wie viele deutsch-französische Initiativen es im Raum Tübingen-Hechingen eigentlich gibt. Bei uns und mit uns wird die deutsch-französische Freundschaft lebendig. Dass dies auch in Zukunft so bleibt, dafür möchte ich mich gerne stark machen“, so die Abgeordnete.

<<<



„Rentengerechtigkeit für Frauen“ - für Annette Widmann-Mauz MdB ist das eine Herzensangelegenheit. Deshalb war es für sie eine Selbstverständlichkeit, zur besseren Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Rente beim Dreikönigs-kaffee der Frauen Union Rottenburg zu referieren. Annette Widmann-Mauz erläuterte die Hintergründe der geplanten Umsetzung des Parteitagsbeschlusses vom Dezember 2012, der die schrittweise Verbesserung der Anerkennung der Kindererziehungszeiten in der Rente für vor 1992 geborene Kinder zum Ziel hat. Von der Frauen Union Rottenburg und auch vom Rottenburger Oberbürgermeister Stephan Neher erhielt sie hierfür großen Zuspruch. <<<

Mitte Dezember 2012 war Annette Widmann-Mauz MdB gemeinsam mit Landrat Joachim Walter, Oberbürgermeister Stephan Neher und der CDU Rottenburg auf Informationstour in der Stadt am Neckar. Besichtigt wurden u.a. die berufliche Schule Rottenburg und der Obernauer Löwen-Sprudel. Ob Schüler ohne Abschluss, Haupt- oder Realschüler, die BS-Rottenburg bietet berufliche Perspektiven für viele junge Menschen betonte Schulleiter Dominik Kugler. Widmann-Mauz MdB zeigte sich vor allem an den zahlreichen Lernkooperationsprojekten der Schule mit örtlichen Unternehmen wie der PROFILMETALL GmbH aus Hirrlingen oder der Bitzer Kühlmaschinenbau GmbH aus Rottenburg interessiert und erhielt als Erinnerung einen „Berliner Fernsehturm“ aus der Schulwerkstatt.



Beim Familienbetrieb Löwensprudel in Obernau machte sich die CDU-Delegation ein Bild von der modernen Abfüllanlage, die 36.000 Flaschen pro Stunde bewältigt. Die rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beliefern mit ihrem gesunden Sortiment aus Mineral-, Diät-, Frucht- und Heilwässern den Großraum Stuttgart und das Schwäbische Oberland. <<<



bei der Vergütung stärker berücksichtigt werden und für 2012 zusätzliche Mittel von rd. 300 Mio. Euro zur Finanzierung von Tarifabschlüssen bereit gestellt. Darüber hinaus wird derzeit beraten, auch für 2013/14 Mittel zur Verfügung zu stellen. Unabhängig davon gilt es jetzt, verlässliche Instru-

mente zu schaffen, damit auch die Länder ihre Investitionspflichten erfüllen. Der Investitionsstau auch in Baden-Württemberg darf nicht weiter zu Lasten von Pflegekräften, Ärzten, Angestellten und Patienten gehen“, machte Widmann-Mauz MdB deutlich. <<<

Auf dem Podium zur „Zukunft der Krankenhausversorgung in der Region Neckar-Alb“ am Universitätsklinikum Tübingen diskutierte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Annette Widmann-Mauz MdB, mit dem Reutlinger Landrat Thomas Reumann, Vorsitzender der BWKG und Aufsichtsratsvorsitzender der Reutlinger Kreiskliniken, Prof. Dr. Michael Bamberg, Leitender Ärztlicher Direktor, sowie Dieter Hillebrand MdL (CDU) und anderen Vertretern politischer Parteien vor über 600 Mitarbeitern und Angestellten der Kliniken und Krankenhäuser der Region. Widmann-Mauz MdB bestätigte den dringenden Handlungsbedarf bei der allgemeinen finanziellen Ausstattung der Krankenhäuser. „Der Bund hat bereits dafür gesorgt, dass die Kostenentwicklungen der Krankenhäuser

Anfang Februar wurde das Seminarzentrum des Steinbeis Global Institute Tübingen (SGIT) und der Export-Akademie Baden-Württemberg feierlich eröffnet. Der Festvortrag wurde von Annette Widmann-Mauz MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, gehalten. Sie setzte sich mit dem deutschen Gesundheitswesen im internationalen Kontext auseinander, was besonders für Unternehmen wichtig ist, die mit Mitarbeitern im Ausland vertreten sind. Das SGIT ist Teil der Steinbeis-Hochschule Berlin. Mit seiner globalen Ausrichtung werden berufsintegrierte Masterprogramme und Zertifizierungslehrgänge an der Schnittstelle Technologie und Management umgesetzt. Von links nach rechts: Prof. Dr. Rolf Pfeiffer, Direktor des SGIT, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Johann Löhn, Präsident der Steinbeis-Hochschule Berlin, Annette Widmann-Mauz MdB, Dr. Bertram Lohmüller, Direktor des SGIT. <<<





Was die Seniorinnen und Senioren der CDU in Tübingen bewegt, erfuhr Annette Widmann-Mauz MdB beim Besuch der Senioren Union Tübingen im voll besetzten Meteora-Saal. Dabei stand die Abgeordnete zu aktuellen politischen Fragen wie dem Dauerbrenner Stuttgart 21 oder den neuen Leistungen für Demenzkranke und ihre Angehörigen im Rahmen der Pflegereform Rede und Antwort. Auch der Umgang der Öffentlichkeit und der Universität Düsseldorf mit Dr. Annette Schavan MdB sowie Strategiefragen in Bezug auf Koalitionsaussagen im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 wurden diskutiert. Ihr Engagement in der Frauenpolitik, insbesondere im Bereich Mütterrente, wurde diskutiert. Darüber hinaus wurden der anstehende Bundestagswahlkampf und die Positionierung der CDU angesprochen. <<<

Über 100 Mitglieder und Freunde der CDU besuchten den Traditionellen Politischen Aschermittwoch des CDU-Kreisverbands Tübingen und des CDU Ortsverbands Ofterdingen in der Krone, darunter u.a. Landtagsdirektor Hubert Wicker, CDU-Kreisvorsitzender Klaus Tappeser und Oberbürgermeister Stephan Neher aus Rottenburg. Diesmal präsentierte Annette Widmann-Mauz den 1. Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Grosse-Brömer MdB, der als Gastredner für gute Stimmung sorgte, indem er die moralisierende Öko-Rhetorik der Grünen aufs Korn nahm. Wer den „linken Wolf im grünen Kuschelfell“ wähle, der bekomme am Ende die Vermögens- und Erbschaftssteuer serviert, die vor allem Deutschlands solide Mittelschicht treffe, die das Land mit viel Fleiß aus der Krise gewirtschaftet hat. Grosse-Brömer mahnte aber auch, dass man die durchweg gute Regierungsleistung der christlich-liberalen Koalition noch stärker



nach außen kommunizieren müsse, damit am Wahltag aus Stimmungen auch Stimmen werden. Hier gelte es noch eine Schippe drauf zu legen. Aber: „Optimismus sei Pflicht“, spornete er die CDU-Freunde für den anstehenden Bundestags-

wahlkampf an. Als Dankeschön überreichte Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB dem passionierten Jäger Grosse-Brömer einen Klett-Schokohasen sowie den Baden-Württemberg-Krimi „Albspargel“. <<<



Auf Initiative der Parlamentarischen Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB sprach Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner MdB (CSU) auf dem gemeinsamen Bauerntag der Kreisbauernverbände Tübingen und Zollernalb vor über 400 Landwirten und Gästen in Ofterdingen. Neben der künftigen Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU war auch der Skandal um nicht deklariertes Pferdefleisch in Fertiglernsmitteln ein brennendes Thema. Als „riesen Sauerei“ verurteilte die Ministerin den aufgedeckten Etikettenschwindel und kündigte an, gegen derartige kriminelle Verstöße mit aller Härte des Gesetzes vorzugehen. Foto v.l.: Bundesministerin Ilse Aigner MdB, Annette Widmann-Mauz MdB, Landrat Joachim Walter, Christian Reutter, Vorsitzender des Kreisbauernverbands Tübingen und Alexander Schäfer, Vorsitzender des Kreisbauernverbands Zollern-Alb. <<<

Annette Widmann-Mauz MdB, die Landräte Joachim Walter (Tübingen), Thomas Reumann (Reutlingen), Günther-Martin Pauli MdL (Zollernalb) sowie der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer und Eugen Höschele vom Regionalverband Neckar-Alb trafen sich zu einem weiteren Planungsgespräch im Bundesverkehrsministerium mit dem zuständigen Parlamentarischen Staatssekretär, Enak Ferlemann MdB. 2012 wurde mit dem Bund besprochen, die Regional-Stadtbahn in Teilmodulen zu realisieren, da ab 2019 das von Bund und Ländern getragene Verkehrsfinanzierungsprogramm ausläuft.

„Die Landkreise haben ihre Planungen vorangetrieben. Da weder Bund noch Land wissen, wie es mit der Förderung nach 2019 weitergeht, muss nun die Antragstellung für das Projekt so gestaltet werden, dass mit der Realisierung des ersten Teilmoduls „Ammertal- und Ermstalbahn“ das Gesamtprojekt nach Auslauf der Förderung nicht gefährdet wird“, so Widmann-Mauz. Ferlemann erklärte, dass der Bund in die Finanzierung eines Teilmoduls einsteigt, wenn dieses bis 2019 realisierbar erscheint und zur Sicherung der Realisierung eine Endfinanzierungsgarantie im Land,



auch über 2019 hinaus übernommen wird. Im Gespräch wurde auch der für Landrat Walter und Pauli problematische Punkt ausgeräumt, dass ein Vorziehen des ersten Teilmoduls zum Hinderungsgrund für das Gesamtprojekt Regional-Stadtbahn bzw. die übrigen Ausbauziele wie die Elektrifizierung der Zollernbahn werden könnte.

Dass sich der Bund grundsätzlich bereit erklärt, auch Baumaßnahmen mitzufinanzieren, die bis 2019 noch nicht vollständig abgerechnet sind, ist ein wichtiger Fort-

schritt. Bislang sei man davon ausgegangen, dass eine Bundesförderung nur möglich sei, wenn das erste Teilmodul bis 2019 komplett abgerechnet worden wäre. Alle Beteiligten waren sich einig, dass der Bund in den wichtigsten Punkten weit entgegengekommen sei. Nun brauche es noch ein klares „Ja“ von Seiten des Landes Baden-Württembergs im Sinne einer Endfinanzierungsgarantie.

(Vollständiger Bericht unter: www.widmann-mauz.de)

<<<

Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB fordert:

„Null Toleranz gegenüber Genitalverstümmelung und Zwangsprostitution“



Von rechts nach links: PSts Annette Widmann-Mauz MdB, Teresa Welte und Sandra Stopper von terre des femmes.

Dass Themen wie Zwangsprostitution, Menschenhandel und Genitalverstümmelung in Deutschland dringend diskutiert werden müssen, weiß die Frauen Union, aber auch die Gruppe der Frauen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Diese haben in den vergangenen Monaten Initiati-

ven auf den Weg gebracht, welche die Würde der Frau in den Mittelpunkt stellen. Bestes Beispiel hierfür ist etwa der auf Antrag der Frauen Union beim CDU-Bundestagparteitag ergangene Beschluss, das Strafrecht mit Blick auf die weibliche Genitalverstümmelung zu erweitern.

Zehn Jahre ist es mittlerweile her, dass die Vereinten Nationen den 6. Februar zum internationalen Tag „Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung“ erklärt haben. Dies aus gutem Grund: Weltweit sind 130 Millionen Mädchen und Frauen genitalverstümmelt, alle elf Sekunden werden Mädchen Teile der äußeren Genitalien, in den allermeisten Fällen ohne Narkose und unter unhygienischen Umständen, entfernt. Teilweise gehen die Verstümmelungen noch weiter und den oftmals sehr jungen Mädchen werden auch die inneren Schamlippen ganz oder teilweise abgetrennt. Jedes Jahr sterben unzählige Frauen an dieser Praktik.

Parteitagbeschluss zum Thema Genitalverstümmelung

Allein in Deutschland leben rund 18.000 Frauen, die genitalverstümmelt sind, 5.000 junge Frauen und Mädchen gelten als gefährdet. In den meisten Fällen finden die Verstümmelungen jenseits der Landesgrenze statt. Obwohl die Genitalverstümmelung im Inland verboten ist, sind der deutschen Justiz bei einer Verstümmelung im Ausland bislang die Hände gebunden, sofern diese im jeweiligen Land nicht un-

ter Strafe steht. Doch das soll sich nun ändern.

Die CDU hat das Thema Genitalverstümmelung auf ihrem Parteitag im Dezember diskutiert. Dabei haben wir einen konkreten Auftrag an die Bundesregierung beschlossen: Sie soll nun tätig werden und den im deutschen Strafgesetzbuch enthaltenen Katalog der im Ausland begangenen Straftaten um die weibliche Genitalverstümmelung erweitern. Denn eine Genitalverstümmelung verursacht schier unmenschliches Leid - ein Leben lang. Deren Strafbarkeit darf nicht vom Tatort abhängig sein.

Außerdem hat die CDU auf ihrem Parteitag beschlossen, Genitalverstümmelung als eigenen Straftatbestand in § 226 StGB aufnehmen zu lassen. Damit wäre klargestellt, dass Genitalverstümmelung ohne Ausnahme als schwere Körperverletzung eingestuft wird. Täter würden noch schwerer als bislang bestraft.

Irrtümern gilt es vorzubeugen

Die in Deutschland gefährdeten Mädchen werden in der Regel bei Auslandsaufenthalt im Ursprungsland der Eltern von Verwandten verstümmelt. Zwar ist die Genitalverstümmelung vor allem in 28 afrikanischen Ländern, im Süden der arabischen Halbinsel sowie in Teilen Asiens verbreitet, doch verlangen keine heiligen Schriften wie etwa der Koran nach einem solchen Eingriff. Laut der Organisation terre des femmes, die sich vehement gegen die Genitalverstümmelung einsetzt, beruhen die Eingriffe oftmals auf Unkenntnis der weiblichen Anatomie und auf patriarchalen Strukturen. So würde oft angenommen, dass Genitalverstümmelung die Fruchtbarkeit erhöhe und die Jungfräulichkeit vor der Ehe sowie die sexuelle Treue sicherstelle.

Für uns als Gesellschaft gilt es, solchen Irrtümern vorzubeugen. Ärzte, Familienberatungsstellen, Lehrer und Pädagogen müssen um das Thema wissen, damit adäquat beraten werden kann. Eine zeitweise Entziehung des elterlichen Aufenthaltsbestimmungsrechts kann bei einer bevorstehenden Auslandsreise daher nur ultima ratio sein. Ich setze auf Dialog - gerade mit Blick auf die Eltern. Sie müssen wir mit unserer Botschaft erreichen.

Als Bundestagsabgeordnete, aber auch in meinem Amt als Parlamentarische Staatssekretärin, mache ich bereits seit Jahren auf den Welttag aufmerksam. 2013 beteiligte ich mich an einer Aktion von terre des femmes und habe in meinem Wahlkreis einen Büchertisch zum Thema Genital-

verstümmelung organisiert. Alle interessierten Bürger waren herzlich eingeladen, in der Buchhandlung von Teresa Welte in Hechingen vorbeizuschauen und sich über das Thema zu informieren.

Prostitutionsgesetz hat zahlreiche Schwachstellen

Ähnlich brisant wie die weibliche Genitalverstümmelung ist das Thema Zwangsprostitution. Deshalb wollen die Kolleginnen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam an das Schicksal der Zwangsprostituierten in Deutschland erinnern. Seit Einführung des Prostitutionsgesetzes der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2002 hat sich die Situation der Zwangsprostituierten drastisch verschlechtert. Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich Anfang Februar einstimmig für Änderungen ausgesprochen.

Denn obwohl Prostituierten durch die Einführung des Gesetzes der Zugang zum Sozialversicherungssystem ermöglicht werden sollte, hat es zahlreiche Schwachstellen: Das eigentliche Ziel von Rot-Grün, den Frauen generell mehr Würde und Schutz zu bieten, wurde nicht erreicht. Beim Thema Zwangsprostitution schlägt diese Intention nämlich komplett fehl. Wir müssen daher dringend zumindest eine Erlaubnispflicht für Bordelle einführen. Es kann und darf nicht sein, dass in Deutschland für Gaststätten eine Gewerbeanmeldung erforderlich ist und Bordelle keinerlei Auflagen unterliegen. Menschenhändlern werden so Tür und Tor geöffnet.

Bleiberecht erweitern - Freier und nicht Frauen kriminalisieren

Zwangsprostitution zu stoppen, ist bei der derzeitigen Rechtslage schwierig. Verfahrrensrelevante Zeugenaussagen sind

nämlich meist mit einem sehr hohen persönlichen Risiko für die Opfer und ihre Familien in den Herkunftsländern verbunden, weshalb derzeit viele Frauen die Aussagen gegen Menschenhändler verweigern. Nach Monaten und oftmals Jahren der Unterdrückung ist dies eine unzumutbare Belastung.

Wir Frauen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern daher für Zwangsprostituierte aus Drittstaaten eine Erweiterung des Bleiberechts und zwar abgekoppelt von der Zeugenaussage im Strafprozess. Wir müssen mit unseren westeuropäischen Nachbarn auf Gegenkurs gehen, d. h. die Frauen bestmöglich schützen und uns bei der Kriminalisierung der Prostitution auf Freier und Zuhälter beschränken: Schweden, Norwegen und Island machen es uns vor und auch die Niederlande, wo Prostitution vollständig legalisiert war, rufen gerade ebenfalls zurück. Deutschland ist ein wichtiges Transit- und Zielland der Zwangsprostitution, denn ein Großteil der Opfer kommt aus Osteuropa. Opfer von Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung sind vor allem Frauen und Mädchen - meist in noch jungem Alter.

Die Frauen in der Unionsfraktion fordern deshalb u. a., Polizeibeamte besser zu qualifizieren, Prostitution unter 21 Jahren zu verbieten, Ausstiegsprogramme für die Frauen zu verbessern, Menschenhandeltatbestände im Strafrecht praxistauglicher auszugestalten und Freier zu bestrafen, die vorsätzlich die Zwangslage der Frauen ausnutzen. Ansonsten würden vor allem Täter vor einer effektiven Strafverfolgung geschützt. Eine Absurdität, die wir schnellstmöglich stoppen müssen. Denn nur so können wir in Zukunft schwarze Schafe aussortieren. <<<

- > **BERATUNG & PLANUNG**
- > **NEUANLAGEN**
- > **UMGESTALTUNG**
- > **PFLANZUNGEN**
- > **PFLLEGEMAßNAHMEN**

- > **NATURSTEINARBEITEN**
- > **BELAGSARBEITEN**
- > **HOFBEFESTIGUNGEN**
- > **WASSERANLAGEN**
- > **ZÄUNE & SICHTSCHUTZ**

Garten- und Landschaftsbau



Eichenweg 15
72119 Ammerbuch-Poltr.

Tel.: 07073 70 23
Fax: 07073 43 61

E-mail: info@storz-gartenbau.de
Web: www.storz-gartenbau.de

Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB

Gemeinsam den Strompreis sichern - Erneuerbare-Energien-Gesetz zügig reformieren

Sicher und verlässlich, umweltschonend und bezahlbar - so soll Deutschlands Energieversorgung für alle Menschen sein. Mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022 wurden die entscheidenden



Weichen gestellt. Die Energiewende ist beschlossene Sache. Aber abgeschlossen ist sie noch lange nicht. Der Ein- und Umstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien ist ein gemeinschaftlicher Kraftakt, d.h. ohne die öffentliche Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft kann dieses Jahrhundertprojekt nicht gelingen. Die ausufernden Strompreise können diesen gesellschaftlichen Konsens gefährden. Der Vorschlag einer Strompreispbremse und einer nachhaltigen Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) durch Bundesumweltminister Peter Altmaier ist deshalb ein mutiger und zielführender Vorschlag.

Dass ein Umdenken bei der Förderung und Bezuschussung erneuerbarer Energien dringend geboten ist, zeigt die jüngste Prognose des Bundesumweltministeriums, wonach sich die Kosten der Energiewende zwischen 2030/2040 auf rund eine Billion Euro türmen könnten, sofern keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Wie auch bei der Konsolidierung unserer Haushalte trägt die Politik Verantwortung für die kommenden Generationen. Die Geburtsfehler des im Jahr 2000 unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen EEGs, die zu einem Fördermechanismus nach dem Prinzip „koste es, was es wolle“ geführt haben, müssen dringend überar-

beitet werden. Zugleich werden wir an unseren ehrgeizigen Ausbauzielen festhalten.

Die Energiewende hat nur Erfolg, wenn Strom für die Bürgerinnen und Bürger nicht zum Luxusgut wird und Deutschland als Exportnation auch künftig über eine wettbewerbsfähige Energieversorgung verfügt. Andere Länder werden unserem Weg zu klimaneutraler und ressourcenschonender Energie nur folgen, wenn dieser Weg auch sozialverträglich und wirtschaftlich gestaltet wird. Doch gerade Privathaushalte sowie kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe mussten allein zum Jahreswechsel 2012/2013 Strompreissteigerungen zwischen 11 und 15 Prozent hinnehmen. Dies liegt vor allem an der von allen Verbrauchern zu tragenden EEG-Umlage, die die Abweichung zwischen dem Marktpreis für Strom und der garantierten Einspeisevergütung von Photovoltaik- und Biogasanlagen sowie Windkraftwerken kompensiert. Die auf den Strompreis aufgeschlagene Umlage beträgt aktuell 5,3 Cent pro Kilowattstunde. Für eine Familie mit Kind, die rund 3,500 Kilowattstunden jährlich verbraucht, bedeutet dies ca. 185 Euro netto mehr. Die Hälfte davon fließt allein in die Solarförderung, die aber nur fünf Prozent unseres Strombedarfs deckt. Bis Ende dieses Jahres drohen nochmals 10 Prozent mehr. Deshalb zieht die Bundesregierung die „Strompreispbremse“. Folgende Änderungen sollen kurzfristig umgesetzt werden und im nächsten Jahr 1,86 Mrd. Euro einsparen:

Die Vorschläge der Bundesregierung zur Begrenzung der Stromkosten wurden Mitte Februar im Rahmen des von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im November 2012 initiierten Bund-Länder-Gesprächskreises zur EEG-Reform vorgestellt. Neben den Entlastungseffekten für die Verbraucher sollen die Korrekturen der teilweise auf 20 Jahre ausgelegten Vergütungs- und Anreizsysteme auch die Marktreife der erneuerbaren Energien beschleunigen.

Eine Einigung mit den Ländern strebt die Bundesregierung bis Mitte März an. Die Länder haben es bis dahin in der Hand, die Vorschläge des Bundesumwelt- und des Bundeswirtschaftsministers zu beraten und eine zeitnahe Einigung zu ermöglichen. Nur so kann ein weiterer Anstieg im kommenden Herbst im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher verhindert werden.

Klar ist auch, dass neben diesen kurzfristigen Maßnahmen eine grundlegende Reform des EEGs zwingend notwendig ist. Als Sprungbrett für eine marktreife regenerative Energieerzeugung gedacht, hat sich das EEG, zu einer sich stetig verteuernden Dauersubvention entwickelt. Diesen Trend gilt es sowohl in solidarischer und auch ökonomischer Hinsicht, umzukehren. Diese Großreform bedarf jedoch der konstruktiven Zusammenarbeit aller politischen Kräfte in Bundestag und Bundesrat. Es wird sich zeigen, ob Grüne und SPD an einem breiten gesellschaftlichen Konsens interessiert sind und sich ihrer Verantwortung stellen. <<<

INFORMATION: EEG-UMLAGE

Die EEG-Umlage soll auf dem heutigen Stand von 5,28 Cent pro Kilowattstunde bis Ende 2014 eingefroren werden. In den Folgejahren soll dieser Wert jeweils um maximal 2,5 Prozent steigen.

Branchen, die nicht im intensiven internationalen Wettbewerb stehen, werden nicht mehr bei der EEG-Umlage entlastet. Zudem soll die zu zahlende Mindestumlage der begünstigten stromintensiven Unternehmen steigen.

Anlagenbetreiber, die den eigenen Strom selbst verbrauchen, sollen sich an den EEG-Kosten mit einer Mindestumlage beteiligen.

Bestehende Anlagen genießen Vertrauensschutz. Trotzdem sollen sie einen einmaligen geringen „Energie-Soli“ abgeben. Ihre Vergütung soll 2014 um 1,5 Prozent sinken, der sogenannte Gülle-Bonus für Biomasseanlagen entfallen.

Für Photovoltaik-Anlagen sollen die Vergütungen weiter abgesenkt werden, wie es der 2012 eingeführte „atmende Deckel“ vorsieht.

Sind die jährlichen Einnahmen aus der EEG-Umlage ausgegeben, sollen für einige Monate keine neuen Anlagen mehr gefördert werden.

Das komplette Eckpunktepapier zur Kostendämpfung bei den Strompreisen finden Sie unter:

www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Erneuerbare_Energien/20130213_Eckpunktepapier_Strompreissicherung_bf.pdf

Elisabeth Jeggle, stellvertretende Vorsitzende der CDU/ CSU Gruppe im Europäischen Parlament

Parlamentariertreffen in Australien

Verhandlungen zum EU-Australienabkommen auf der Zielgeraden



EU-Delegation vor dem Kriegerdenkmal mit dem Direktor des Australian War Memorial Dr. Brendan Nelson (1. von links) und EU-Botschafter David Daly (5. von rechts) vor einem Kriegsdenkmal in Canberra.

In der zweiten Februarwoche besuchte ich mit weiteren Abgeordneten des Europäischen Parlaments Australien, um mich vor Ort mit Parlamentariern und Experten aus den Bereichen Wirtschaft (Agrar & Finanzen), Handel, Wissenschaft und Umwelt zu spezifischen Themen auszutauschen. Die Gespräche bestanden vor allem aus dem Austausch von Standpunkten zu den Beziehungen zwischen Australien und der Europäischen Union, handelspolitischen und energiewirtschaftlichen Fragen



Elisabeth Jeggle MdEP bei der Besichtigung einer Thunfischfarm bei 40°C im Schatten.

Bilder: EVP-Fraktion / Europäisches Parlament

ner wahrgenommen zu werden. Die Verhandlungen der Europäischen Union mit Australien zu dem politischen Rahmenabkommen laufen seit Anfang 2012. Mit unserer Reise nach Australien konnten wir zur Fortentwicklung der Verhandlungen einige wichtige Schritte beitragen. Interessante Erkenntnisse für mich waren auch die Einstellung der Australier zur Energiepolitik. Auf Grund der großen Ausdehnung des Kontinents und der spärlichen Besiedlung wirft die Energiegewinnung dort weniger öffentliches Aufsehen auf. So ist beispielsweise die Gasförderung, insbesondere durch Fracking (unkonventionelle Gasförderung), weit weniger umstritten als in unserer Heimat. Allerdings sind die Australier wegen des hohen Wüstenanteils äußerst sensibel im Umgang mit Wasser; vor allem die landwirtschaftlichen Betriebe.



Gesprächstermin im Parlament in Canberra mit australischer Abgeordneter Anna Burke, Sprecherin des Repräsentantenhauses.

sowie insbesondere auch die Landwirtschaft.

Hintergrund der Reise ist das sich derzeit in Verhandlungen befindende EU-Australienabkommen und dessen handelspolitischer Schwerpunkt. Was die Wirtschaftsbeziehungen angeht, so ist es eindeutig dergestalt, dass die Australier sich vermehrt nach Asien, insbesondere China, orientieren. Mit den wachsenden Märkten ergeben sich dort gewaltige Absatzchancen, da die Wege sehr viel kürzer als nach Europa sind. Folglich ist es äußerst wichtig, dass die EU als geeinter Wirtschaftsblock gegenüber Australien auftritt, um überhaupt als interessanter Handelspart-

In dieser Hinsicht sehr erkenntnisreich waren für mich die Besichtigungen einer Schaffarm sowie einer Thunfisch-, und Austernzucht. Dort konnte ich mir ein umfassendes Bild davon machen, wie Landwirtschaft und Tierzucht in großem Stile am anderen Ende der Welt organisiert wird. Diese wird ohne staatliche finanzielle Entwicklung und vor allem exportorientiert betrieben. Beihilfen werden nur für Projekte gewährt, die dem Schutz der Umwelt dienen. Ich bin mir sicher, dass dieses Abkommen unsere bilateralen Beziehungen rundum positiv beeinflussen wird und beide Seiten viel voneinander lernen können.

<<<

Elisabeth Jeggler MdEP

EU verhandelt Zugang zu größtem Wirtschaftsblock Südamerikas

Assoziierungsabkommen EU-Mercosur für 800 Millionen Bürger geplant

Im Jahr 2010 wurden die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur (Mercado Común del Sur - Gemeinsamer Markt des Südens) neu aufgenommen. In den bisherigen neun Verhandlungsrunden und auf dem Gipfeltreffen Ende Januar in Santiago de Chile haben die Vertreter aus Europa und des wichtigsten Wirtschaftsverbundes Südamerikas die Inhalte stärker konkretisiert.

Als Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft & ländliche Entwicklung sowie des Außen- und Menschenrechtsausschusses im Europäischen Parlament bin ich von den grundsätzlich positiven Auswirkungen des Abkommens, das als Vorstufe eines Freihandelsabkommens gesehen werden kann, für die Bevölkerung beider Regionen überzeugt. Hierzu müssen allerdings gewisse „Spielregeln“ eingehalten werden. Zu den Verhandlungen gehört für mich auch die Beachtung von Menschenrechten sowie von Sozial-, Umwelt- und Produktstandards.

Erstmals debattiert wurde das Assoziierungsabkommen mit den Mer-

cosur-Mitgliedern Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela in den vergangenen Jahren. Vor allem die sehr unterschiedlichen Vorstellungen beim Export von Agrarprodukten verursachten jedoch eine Verhandlungspause zwischen der EU und dem Mercosur.

Seit der Jahrtausendwende hat sich die wirtschaftliche und politische Lage weltweit enorm verändert. Im Gegensatz zu Europa hat die Wirtschaft- und Finanzkrise die südamerikanischen Länder nicht so hart getroffen. Südamerika hat zudem seine Handelsgeschäfte insbesondere in Richtung Asien intensiviert.

Trotzdem ist die EU bisher noch der größte Handelspartner mit den meisten Direktinvestitionen auf dem südamerikanischen Markt. Daneben umfasst der südamerikanische Wirtschaftsverbund mit Brasilien einen der dynamisch wachsenden BRICS-Staaten. Brasilien gilt noch vor Großbritannien als sechstgrößter Wirtschaftsstandort der Welt. Außerdem konnte sich die größte Volkswirt-



schaft Lateinamerikas inzwischen zum drittgrößten Investitionsstandort (nach den USA und der Schweiz) von Konzernen der EU entwickeln.

Für uns Europäer stellt daher der Ausbau der Handelsbeziehungen mit den südamerikanischen Ländern ein enormes Wirtschaftswachstum dar. Ich halte es für besonders wichtig, die Verhandlungen fortzusetzen, um eine engere Zusammenarbeit und eine tiefere Integration der beiden Märkte zu ermöglichen.

Ein Assoziierungsabkommen würde einen stabilen Rechtsrahmen für besseren Investmentenschutz schaffen, was vor allem aus europäischer Unternehmenssicht sehr wünschenswert ist. Darüber hinaus wird insbesondere die Ausfuhr europäischer Industriegüter und Dienstleistungen ansteigen. Durch diese Integration wird Europa einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den aufstrebenden Wirtschaftsmächten Asiens erringen.

Neben allen Vorteilen ist es für mich eine grundlegende Prämisse, dass bestimmte Standards eingehalten werden. Neben den wirtschaftlichen Aspekten soll das Abkommen den Respekt demokratischer Prinzipien, den Schutz der Menschenrechte sowie die Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards berücksichtigen. Insbesondere aus landwirtschaftlicher Sicht gibt es noch einige Mängel, weshalb für mich die Einhaltung von Hygienevorschriften, Regeln bei der Tierhaltung und die Lebensmittelqualität im Vordergrund stehen.

Das Abkommen soll den Export europäischer Industriegüter und Dienstleistungen deutlich erhöhen, ohne wirtschaftliche und soziale Verluste im europäischen Agrar- und Nahrungsmittelsektor einbüßen zu müssen.

<<<

Dieter Hillebrand MdL

Hillebrand MdL kritisiert unausgewogene Leistungskürzungen in der Beihilfe

Durch das Inkrafttreten des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/2014 zum 1. Januar 2013 werden auch die zahlreichen Leistungskürzungen in der Beihilfe der Beamten und Versorgungsempfänger wirksam. Die CDU-Landtagsfraktion hat aus diesem Grund einen parlamentarischen Antrag mit entsprechenden Fragen an die Landesregierung gestellt. Die Gesetzesänderung treffe einige Beamtinnen und Beamte erheblich. Nennenswerte Einsparungen könnten mit dieser Gesetzesänderung indes nicht erzielt werden.

Grund für den Antrag an die Landesregierung war unter anderem, dass sich in



den vergangenen Monaten zahlreiche Beamte an die CDU-Fraktion gewandt hatten und auf die Unausgewogenheit der Maßnahmen der Landesregierung hingewiesen haben.

Die Fragen des Antrags zielen auf die fehlende Begründung und den Mangel an nachvollziehbaren Zahlen mit Blick auf die Zahl der Betroffenen und den

Umfang der Maßnahmen. „Durch die Herabsetzung der Hinzuverdienstgrenze der Ehegatten auf 10.000 Euro nimmt Baden-Württemberg im Ländervergleich den letz-

ten Platz ein“, so Hillebrand. „Einsparungen für den Landeshaushalt sind dennoch nicht zu erwarten, da die Ehegatten durch Herabsetzung ihres Einkommens beihilfefähig bleiben“, so Hillebrand weiter. Zudem kommen in dem Antrag die Einschränkung der Beihilfefähigkeit von zahnärztlichen Behandlungen und die Erhöhung der Kostendämpfungspauschale trotz Abschaffung der Praxisgebühr zur Sprache.

Die Antwort der Landesregierung fällt ernüchternd aus. Diese bezeichnet die Einsparungen im Beamtenbereich als Baustein einer nachhaltigen Finanzpolitik des Landes, um die Neuverschuldung kontinuierlich zurückzuführen.

„Es bleibt zu hoffen, dass die Landesregierung in Zukunft mehr auf die Ausgewogenheit und Wirksamkeit ihrer angedachten Sparmaßnahmen achtet. Gerade vor dem Hintergrund, dass sie Rekordsteuereinnahmen zur Verfügung hat“, fordert Hillebrand abschließend.

<<<

WAS WANN WO...

- Änderungen vorbehalten!

Fr 15.03., 15.00 Uhr
SEN-Kreisverband,
Kreisvorstandssitzung,
Dr. Robert Merz, Tübingen, Meteora

Sa 16.03.
CDU Württemberg-Hohenzollern,
Bezirksvertreterversammlung Bund,
Hechingen-Weilheim, Turn- und Festhalle

Di 19.03., 19.00 Uhr
MIT-Kreisverband,
Kreisvorstandssitzung,
Tübingen, Casino

Mi 20.03., 14.30 Uhr
SEN Rottenburg, Sicherheit im Alter,
Polizeiobererrat Hans-Peter Tausch,
Rottenburg, St. Martin

Mi 20.03., 15.00 Uhr
SEN Tübingen, Behindertenanliegen
und -politik im Kreis Tübingen,
Andreas Braun, CDU-Kreistagsfraktion,
Tübingen, Meteora

Mi 20.03., 20.00 Uhr
CDU-Kreisverband,
Kreisvorstandssitzung,
Unterjesingen, Sportheim

Fr 22.03., 19.00 Uhr
CDU Ofterdingen,
Landtagspräsident Guido Wolf MdL,
Ofterdingen, Festsaal Zehntscheuer

Di 09.04.
CDU Deutschland,
Kampagnenkonferenz,
Böblingen, Legendenhalle

Mi 10.04., 15.00 Uhr
SEN Tübingen, Prof. Lang,
Redakteur Tagblatt,
Tübingen, Meteora

Fr 12.04., 19.30 Uhr
CDU Gomaringen,
Aktuelles aus der Landespolitik,
Dieter Hillebrand MdL,
Gomaringen, Alznauer Hof

Sa 13.04.
CDU Württemberg-Hohenzollern,
Bezirksvertreterversammlung Europa,
Ertingen (Kreis Biberach)

Mi 17.04.
kpv-Kreisverband, Veranstaltung

Do 18.04., 14.30 Uhr
SEN Rottenburg,
Einladung zu den Stadtwerken,
Martin Beer, Rottenburg, St. Martin

Sa 20.04.
CDU Dettenhausen,
CDU Besen,
Besuch Mercedes Benz Museum

Sa 27.04.
CDU Baden-Württemberg,
Landesvertreterversammlung Bund,
Landesvertreterversammlung Europa,
Fellbach

Di 14.05., 14.30 Uhr
SEN Rottenburg,
Mitgliederversammlung
mit Neuwahlen,
Rottenburg, St. Martin

NEWS UNTER

www.widmann-mauz.de
(PSts. Annette Widmann-Mauz MdB)
www.eurojegggle.de
(Elisabeth Jeggle MdEP)
www.dieter-hillebrand.de
(Sts. a. D. Dieter Hillebrand MdL)
www.cdu.de (CDU-Bundesverband)
www.cdu-bw.de
(CDU-Landesverband)
www.cdu-kv-tuebingen.de
(CDU-Kreisverband Tübingen)
www.cdu-tuebingen.de
(CDU-Stadtverband Tübingen)
www.cdu-rottenburg.de
(CDU-Stadtverband Rottenburg)
www.cdu-moessingen.de
(CDU-Stadtverband Mössingen)
www.cdu-bodelshausen.de
(CDU-Gemeindeverband Bodelshausen)
www.cdu-gomaringen.de
(CDU-Gemeindeverband Gomaringen)
www.cdu-kirchentellinsfurt.de
(CDU-Gemeindeverband Kirchentellinsfurt)
www.cdu-ofterdingen.de
(CDU-Gemeindeverband Ofterdingen)
www.ju-tue.de
(JU-Kreisverband Tübingen)
www.ju-rbg.de
(JU Rottenburg am Neckar)
www.ju-sw.de
(JU Steinlach-Wiesaz)

<<<

EINLADUNG

Der CDU-Gemeindeverband Gomaringen
lädt Sie herzlich ein auf

Fr., 12. April 2013, 19.30 Uhr in den „Alznauer Hof“
zu einem politischen Abend mit dem Thema:

„Aktuelles aus der Landespolitik“

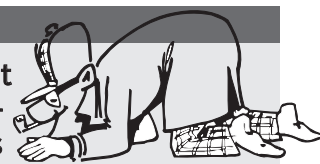
Referent ist unser Landtagsabgeordneter Dieter Hillebrand.

In der anschließenden Aussprache wird er gerne auf Ihre landespolitischen
Fragen eingehen. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Dr. Roland Kälberer, Vorsitzender CDU-Gemeindeverband Gomaringen
Dieter Hillebrand MdL

SUCHEN ...

Der CDU-Stadtverband Tübingen sucht
schnellst möglich in Tübingen oder Umge-
bung eine Lagermöglichkeit von mindestens
20 qm. Haben Sie eine Garage/Keller/Scheu-
ne/Lagerhalle, die Sie uns vermieten können? Dann melden Sie
sich bitte bei Sandra Ebinger, Vorsitzende CDU-Stadtverband
Tübingen, unter 0172 740 3359.



Vielen Dank!

REDAKTIONS SCHLUSS

für das nächste **CDU intern:**

**Montag,
22. April 2013**

Arbeitskreis Christ & Politik

Christliche Werte in der Sozialpolitik:

Vortragsabend mit Peter Weiß MdB

Auf Einladung von AK Christ und Politik und CDA-Kreisverband führte Peter Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, am 14. Februar 2013 vor etwa 15 Zuhörern in Tübingen Grundsätze der Sozialpolitik vor Augen, die auf christlichen Wertauffassungen basieren. Auf der Gottesebenbildlichkeit des Menschen beruht z.B. seine Wertschätzung: Christliche Politik traut dem Menschen etwas zu, nimmt seine Fähigkeiten und individuellen Begabungen ernst, lässt sie zur Entfaltung kommen. Das unterscheidet sie wesentlich vom Modell eines Fürsorge-Staates, der aus Misstrauen gegenüber dem Menschen diesem möglichst alles abzunehmen versucht. Das gegliederte Sozialversicherungssystem, das aus Beiträgen finanziert wird und sich

selbst verwaltet, geht von der Selbstverwaltung der Versicherungsgemeinschaft aus und grenzt sich gegen den für alles zuständigen Fürsorge-Staat ab. Der Begriff Beteiligungsgerechtigkeit stammt aus christlicher Sozialethik. Hier geht es darum, möglichst alle Menschen, z.B. auch Behinderte, an Arbeitsmöglichkeiten mit der damit verbundenen sozialen Anerkennung zu beteiligen. Ein Lohn ist nach dem Verständnis christlicher Soziallehre dann gerecht, wenn man davon leben kann. Nicht der Wettbewerb um den niedrigsten Lohn, sondern um Leistung, Ideen, Innovationen, Produkte zeichnet die soziale Marktwirtschaft aus. Allerdings sind die Tarifpartner für die Ermittlung des gerechten Lohns verantwortlich, nicht der Staat. Tariflich festgesetzte Lohnuntergrenzen

können dann vom Staat für verbindlich erklärt werden. Während das marxistische Modell vom Kampf zwischen Kapital und Arbeit ausgeht, hebt christliche Sozialpolitik auf die gemeinsame Verantwortung, auf Sozialpartnerschaft und Konsens ab. Eine neue Entwicklung ist der Kampf zwischen verschiedenen Einzelgewerkschaften und Teilsegmenten der Betriebe. Vertreter von Schlüsselpositionen spielen ihre Macht skrupellos gegen solche Arbeitnehmergruppen aus, die weniger wichtige Arbeiten verrichten bzw. leichter auszutauschen sind. Markenzeichen christlicher Sozialpolitik ist die Wertschätzung der Familie. Familie ist der Ort, an dem mitmenschliche Solidarität auf kleinstem Raum und in verbindlicher Weise eingeübt wird. Auch hier gilt: Der Staat muss der Familie etwas zutrauen und darf nicht ihre Aufgaben an sich reißen. Daher setzt sich die CDU für die Wahlfreiheit bei der Gestaltung der Kindererziehung ein.

*Dr. Christian Herrmann,
AK-Vorsitzender*

Frauen Union Rottenburg a. N.

Bessere Anerkennung der Kindererziehungszeiten

Nach einer aktuellen Umfrage des Alsenbachs-Instituts zur Frage „Was ist gerecht?“ sprachen sich 69% der Bürgerinnen und Bürger dafür aus, Erziehungsleistung in der Rente besser zu berücksichtigen. Rentengerechtigkeit und die finanzielle Sicherung im Alter sind für Frauen ein existenzielles Thema. Seit Jahren fordert die Frauen Union, dass im Rahmen der aktuellen Rentenreformen auch bei der Anerkennung der Erziehungszeiten in der Rente Gerechtigkeit hergestellt wird. Die Lebensleistung von Müttern, die ihre Kinder vor 1992 zur Welt brachten, muss bei der Rente ebenso mit drei Entgeltpunkten pro Kind bewertet werden wie die Erziehungsarbeit der jüngeren Frauen. Dies ist zugleich ein wirksames Mittel, um der Altersarmut von Frauen vorzubeugen. Denn mehr noch als heute haben Frauen vor 1992 wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten auf eigene Berufstätigkeit verzichtet oder diese erheblich reduziert. Angesichts der Absenkung der Hinterbliebenenrenten und des insgesamt sinkenden Rentenniveaus sind sie so besonders von Altersarmut bedroht. Obwohl der Antrag der Frauen Union für eine bessere Anerkennung der Kindererziehungszeiten beim letzten CDU-Bundesparteitag mehrheitlich beschlossen wurde, werden jetzt Stimmen in der CDU laut, dies sei nicht zu finanzieren. Die Bundesregierung muss

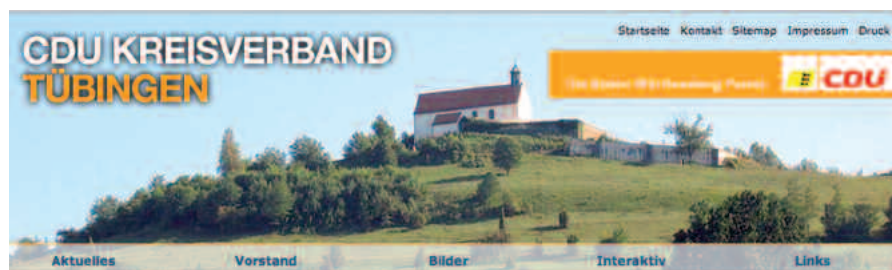
noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf dazu vorlegen, fordern die Mitglieder des FU-Bezirksvorstandes Württemberg-Hohenzollern.

Wir erwarten jetzt, dass wir zuerst einmal prüfen, was geht, und nicht, was nicht geht. Es geht darum, zügig den Parteitagbeschluss umzusetzen und die Gerechtigkeitslücke bei den Mütter-Renten zu

schließen. Wir wollen vor der Bundestagswahl zu einem Gesetz kommen, dass dann 2014 umgesetzt werden kann. Es geht hier um die Glaubwürdigkeit von Beschlüssen, die wir auf Parteitag fassen. Die Angleichung der Mütterrenten wurde 2003 beschlossen, 2011 noch einmal bekräftigt, beim CDUD-Landesparteitag im Juli 2012 beschlossen und jetzt beim CDU-Bundesparteitag auf den Weg gebracht“, so die FU-Bezirksvorsitzende Maria Bösch. Durch diese Hinhaltepolitik fühlen wir Frauen uns nicht mehr ernst genommen.

*Monika Bormann,
FU-Vorsitzende*

Immer aktuell und informativ: www.cdu-tuebingen.org



Klaus Tappesser
Vorsitzender

Liebe CDU-Mitglieder,

Sehr geehrte Besucherinnen und Besucher unserer Homepage,

der CDU Kreisverband Tübingen möchten Sie auf diesen Seiten über die inhaltliche Arbeit und die Mitglieder des CDU Kreisvorstandes informieren.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Surfen. Sollten Sie weitergehende Fragen oder Anmerkungen haben, können Sie sich gerne an die CDU Kreisgeschäftsstelle wenden oder kommen Sie bei einer unserer Veranstaltungen vorbei.

Scheuen Sie sich nicht, mit uns Kontakt aufzunehmen, denn politische Arbeit lebt vom Mitmachen!

Ihr Klaus Tappesser
Kreisvorsitzender

Neue Termine

- 28.02.2013 19:00 Uhr
Mittagessen und
Stimmzettel
- 28.02.2013 19:00 Uhr
Tappesser 1998 von 100
Jahren: der
Hauptpreis für die
Bundesrepublik
Deutschland
Preisverleihung

CDU-Stadtverband Tübingen

Traditioneller Adventskaffee bei der CDU Tübingen



Traditionell am letzten Samstag vor Weihnachten veranstaltet der CDU-Stadtverband Tübingen seinen Adventskaffee. Dabei steht neben dem geselligen Aspekt auch immer ein politischer Jahresrückblick auf dem Programm. In ihrem Grußwort erläuterte die Vorsitzende Sandra Ebinger unter anderem die aktuelle inhaltliche Arbeit ihres Stadtverbands, der sich mit aktuellen kommunalpolitischen Themen u.a. Verkehr in und um Tübingen beschäftigt, aber auch mit allgemein politischen Themen u.a. das Thema „Frauen im Fokus“, welches für den Vorstand ebenfalls einen besonderen Stellenwert einnimmt. In seinem politischen Jahresrückblick berichtete

Dr. Albrecht Kühn, Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat, von den 11 Monaten, in denen er dieses Amt bislang ausfüllt. Dabei sei die Strategie, sich nicht auf eine Oppositionsrolle einzulassen, sondern Stadtpolitik aktiv mitzugestalten. In vielen Bereichen gebe es keine Differenzen zu den Vorstellungen der Verwaltung: Bei der U3-Kinderbetreuung habe die Stadt ihre Aufgaben gemacht. Den 3 Gemeinschaftsschulen habe die Fraktion schon deshalb zugestimmt, weil es kaum noch Hauptschulanmeldungen in Tübingen gegeben habe mit der nicht tragbaren Folge der sozialen Ausgrenzung derer, die für die Hauptschule votierten. In der Sportpolitik

bestehe über die Fraktionsgrenzen hinweg Einigkeit. Ähnliches gelte für die Kulturpolitik, wo derzeit leider Probleme mit dem Neubau des Sudhaussaales aufgetreten seien wegen Park- und Lärmproblematik. Differenzen zur Stadtverwaltung bestünden in der Frage der Verkehrsbelastung am Zinserdreieck während des 2013 geplanten Um- und Ausbaues der Poststraße. Nach wie vor halte man die geplante Verkehrsführung am Trautweineck für nicht erfolgsversprechend, so dass die hohen Umbaukosten eventuell für die Katz` seien. Desgleichen könne die CDU- Fraktion einer weiteren Bebauungsverdichtung in der Stadt allenfalls unter besonderen Bedingungen zustimmen. Das gelte auch für die Neugestaltung des Europaplatzes. Ein beidseitiger Verkehr rund um den botanischen Garten sei „Wahnsinn“. Wer vor 50 Jahren in Tübingen gelebt habe, wisse das. Als zweiter Referent des Nachmittags berichtete Landtagsdirektor Hubert Wicker aus der aktuellen Landespolitik. Auch auf dieser Ebene bringe reine Oppositionsarbeit nichts. Wir brauchen jetzt das notwendige Selbstbewusstsein, wir sind die stärkste Partei im Land, mit einer klugen Oppositionspolitik und dem entsprechenden Einsatz sei es sehr wohl möglich, bald wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Baden-Württemberg sei ein Land in bester Verfassung, dafür sprechen alle Zahlen sowohl im Ländervergleich als auch im internationalen Vergleich. Dies gelte für die Schulpolitik ebenso wie für die Hochschule, aber insbesondere auch für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Den Ausführungen von Dr. Kühn und Hubert Wicker schloss sich eine lebhaft Diskussions an.

*Patrick Weber,
CDU-Pressereferent*

Individualisten ans Werk!
Jetzt Wohnträume verwirklichen.

Qualitätsverbund
DachKomplett
„Meisterleistung aus einer Hand“

Dachausbau • Dachumbau • Dachaufstockung

Komplettleistung, Service und Qualität aus Meisterhand!

FRIEDRICH SCHMID
HOLZBAU

Friedrich Schmid Holzbau
Handwerkerpark 15 -17
72070 Tübingen
Tel. 07071 40770 Fax: 07071 407713
e-mail: info@friedrich-schmid-holzbau.de

Bestimmen Sie mit ...

... werden Sie Mitglied bei der CDU!

Christlich Demokratische Union Deutschlands

DEUTSCHLAND BRAUCHT SIE.

Werden Sie Mitglied auf mitglied.cdu.de



STICHWORT: MITGLIEDSBEITRÄGE

Wußten Sie schon, dass Sie Ihren CDU-Mitgliedsbeitrag bei der Steuererklärung geltend machen können ?

Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge) an politische Parteien: Steuerlich gesehen sind diese Zuwendungen Sonderausgaben und können als solche beschränkt abgesetzt werden. Die steuerliche Abzugsfähigkeit ist im Einkommensteuergesetz in § 34 g und § 10 b Abs. 2 geregelt. Absetzbarkeit nach § 34 g EStG: Bis zu einer Zuwendung je Kalenderjahr von 1.650 EUR für Ledige und 3.300 EUR für Verheiratete werden Zuwendungen unabhängig vom individuellen Steuersatz mit einem Satz von 50% steuerlich begünstigt. Absetzbarkeit nach § 10 b Abs. 2 EStG: Darüber hinaus gehende Beträge sind bis zu einer Höhe von noch einmal 1.650 EUR für Ledige und 3.300 EUR für Verheiratete nach steuerlich absetzbar. Der steuerliche Vorteil hängt dabei vom individuellen Steuersatz ab.

Bestimmen Sie mit ...

...werden Sie Mitglied bei der CDU!

Marianne Schiano (48) versorgt mit ihrem Celler Bäckereibetrieb viele Menschen mit schmackhaften Backwaren und bringt so manchen in Lohn und Brot. Als Ausbilderin geht ihr bei der Arbeit mit Jugendlichen nicht nur der Teig, sondern auch regelmäßig das Herz auf. Ein großes Herz zeigt die aktive Christin und Mutter von drei Kindern auch als Mitbegründerin der Celler Tafel, die Lebensmittel an Bedürftige verteilt. 2006 trat sie in die CDU ein und ist seit der letzten Kommunalwahl stellvertretende Ortsbürgermeisterin. In ihrer Bäckerei trifft sie viele Bürger und hat dabei immer ein offenes Ohr. **Und wir haben immer eine offene Tür, zum Beispiel für Sie.**

Brotchengeberin

DEUTSCHLAND BRAUCHT SIE.

Werden Sie Mitglied auf mitglied.cdu.de

CDU

Farbe bekennen. Mitglied werden.

Füllen Sie einfach das folgende Formular aus und schicken Sie den unterschriebenen Mitgliedsantrag an die unten angegebene Adresse!

Auf geht's! So werden Sie Mitglied.

Ich beantrage die Aufnahme in die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und erkläre, dass ich keiner anderen Partei oder anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppierung oder deren parlamentarischen Vertretung angehöre und kein Mitglied der Scientology-Sekte bin.

Anrede: Herr Frau

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Wohnort:

E-Mail:

geboren am:

Staatsangehörigkeit:

Ort, Datum Unterschrift

Ich zahle einen Monatsbeitrag von Euro.

Als Aufnahmespende zahle ich Euro.

Die Aufnahme erfolgt durch den für Sie zuständigen Kreisverband.

Damit es für Sie einfach wird.

Hiermit erkläre ich mich bis auf Widerruf damit einverstanden, dass ich CDU meinen Mitgliedsbeitrag

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich,
bzw. die oben genannte Aufnahmespende einmalig von meinem Konto

Konto-Nummer:

Geldinstitut:

BLZ:

mittels Lastschrift einziehen lässt.

Ort, Datum Unterschrift

Ganz nach Ihren Wünschen.

Ich möchte außerdem Informationen zur Mitgliedschaft in folgenden Vereinigungen/ Sonderorganisationen:

- Junge Union Deutschlands (JU)
- Frauen Union der CDU Deutschlands (FU)**
- Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)
- Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU Deutschlands (KPV)
- Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT)
- Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung in der CDU/CSU (OMV)
- Senioren-Union der CDU Deutschlands (SU)
- Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK)**
- Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

** alle weiblichen Mitglieder sowie alle evangelischen Mitglieder erwerben, sofern sie nicht widersprechen, mit der Mitgliedschaft in der CDU Deutschlands zugleich die Mitgliedschaft in der FU bzw. im EAK.

Wir würden Sie gerne näher kennen lernen.

Die nachfolgenden Angaben sind freiwillig.

- Angestellte(r)
- Arbeiter(in)
- Rentner(in)
- Student(in)
- Schüler(in)
- ledig
- verheiratet
- selbstständig/freiberuflich
- Hausfrau/Hausmann
- Beamter/Beamtin
- Auszubildende(r)
- arbeitsuchend

Geburtsort:

Konfession:

Beruf:

Telefon/Mobil:

ehrenamtliche Funktionen, Ämter, Mitgliedschaften:

Die hier erhobenen personenbezogenen Daten dienen ausschließlich der Parteiarbeit und werden von der CDU zum Zweck parteiinterner Daten- und Textverarbeitung elektronisch gespeichert, verarbeitet und genutzt.

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an die Gliederungen, Vereinigungen und Sonderorganisationen der CDU so wie an die Konrad-Adenauer-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial weitergegeben werden. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ort, Datum Unterschrift

Geworben durch:

Ihr Beitrag ist unser Fundament.

Die CDU finanziert ihre politische Arbeit zu einem erheblichen Teil aus Mitgliedsbeiträgen. Die Mitglieder der CDU haben das Recht auf Information und Teilnahme am politischen

Willensbildungsprozess. Das verursacht Kosten, deshalb ist Ihr Mitgliedsbeitrag ein unverzichtbarer Baustein.

Für Ihre Selbsteinschätzung gilt folgende vom 13. Parteitag der CDU Deutschlands beschlossene Tabelle:

| Monatliches Bruttoeinkommen | Monatlicher Beitrag |
|-----------------------------|----------------------|
| bis 1.000,00 Euro | 5,00 Euro |
| bis 1.500,00 Euro | 5,00 bis 10,00 Euro |
| bis 2.000,00 Euro | 10,00 bis 15,00 Euro |
| bis 2.500,00 Euro | 15,00 bis 20,00 Euro |
| bis 3.500,00 Euro | 20,00 bis 35,00 Euro |
| bis 5.000,00 Euro | 35,00 bis 50,00 Euro |
| über 5.000,00 Euro | 50,00 Euro und mehr |

Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien können Sie steuerlich absetzen.

Bitte senden Sie den ausgefüllten und unterschriebenen Mitgliedsantrag an:

CDU-Kreisverband Tübingen
Am Stadtgraben 21, 72070 Tübingen
Fax 0 70 71 / 3 17 13

Herausgeber:

CDU-Kreisverband Tübingen, Am Stadtgraben 21, 72070 Tübingen,
Tel. 07071 / 3 23 14, Fax 07071 / 3 17 13,
E-Mail: mail@cdue-tuebingen.org, Internet: www.cdu-kv-tuebingen.de
Konto-Nr.: 82200, KSK Tübingen (BLZ 641 500 20)
Konto-Nr.: 459 430 009, Voba Herrenberg-Rottenburg (BLZ 603 913 10)

Verantwortlich:

Kreisleiter: Ellen Bernhard, Kreispressesprecherin
Landesteil: Florian Weller, Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg
Hasenbergstr. 49 b, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 66 904 - 0, Fax - 50
E-Mail: presse@cdue-bw.de

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:

SDV Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH
Augustenstr. 44, 70178 Stuttgart, Tel. 0711 / 66 905 - 0, Fax - 99

E-Mail CDU intern: intern@SDV-Stuttgart.de

Geschäftsführerin: Bernadette Eck (- 25)
Anzeigen: Helga Wais (- 23)
Planung Satz: Karin Richter (- 12), Fax - 55
Gestaltung dieses CDU intern: Karin Richter (- 12), Fax - 55

Bezugspreis:

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

CDU intern ist das offizielle Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Tübingen.
Es erscheint 2-monatlich für alle Mitglieder.

Absender: CDU-Kreisverband Tübingen
Am Stadtgraben 21, 72070 Tübingen
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, E 10186



CDU-Stadtverband Tübingen

70. Todestag der Geschwister Scholl - Gedenkveranstaltung mit Erwin Teufel

„Der 22. Februar ist einerseits ein trauriger Tag, weil junge Leben ausgelöscht worden sind, andererseits aber auch ein Tag, der Hoffnung spendet“. Das sagte Frau Theune, Leiterin des Schulverbundes der Ge-

der Musikschule Tübingen erzählte unser Mitglied Hans Staiger von seiner Zeit in der Hitlerjugend in Ulm, zur gleichen Zeit, in der auch die Geschwister Scholl in dieser Stadt lebten. Herr Schwarzkopf, Lehrer

gliedern des militärischen Widerstands und ganz einfachen Menschen wie dem Schreiner Georg Elser.

Man müsse für die Zeit vorsorgen, in der keine Zeitzeugen mehr vorhanden sind. Nach 1945 hatten wir ein eindeutiges „Nie wieder!“. Aber aus welchen Quellen soll sich der Kampf um Frieden und Freiheit speisen, wenn die Erinnerungen verblasen? „Es liegt an uns, ob wir uns diesen Lehren stellen“, ermahnt Erwin Teufel.



schwister-Scholl-Schule, in ihrem Grußwort zur Gedenkveranstaltung des CDU-Stadtverbands Tübingen. Dieser hatte aus Anlass des 70. Todestags der Geschwister Scholl in die gleichnamige Schule im Tübinger Wohngebiet Waldhäuser-Ost geladen.

Die CDU-Stadtverbandsvorsitzende Sandra Ebinger dankte der Schulleiterin dafür, in ihrer Schule sein zu dürfen, und begrüßte neben einigen anderen Ehrengästen den Gastredner des Abends, unseren ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel. Diesen stellte sie neben seinen politischen Tätigkeiten auch als einen Beirat der Weißen Rose Stiftung e.V. München vor.

Vor seinem Vortrag wurde ein kleines Rahmenprogramm gegeben. Neben einer musikalischen Umrahmung durch Bläser

an der Geschwister-Scholl-Schule, verlas das 6. und Teile des 5. Flugblatts der Weißen Rose.

Dann folgte der Gedenkvortrag von Erwin Teufel. Als Baden-Württemberger habe er eine besondere Nähe zu den Geschwister Scholl, so Teufel. Mit diesem Thema habe er sich Zeit seiner Jugend intensiv beschäftigt, die Thematik habe ihn geprägt, ihn hin zur Politik geführt. Man müsse sich in der Politik engagieren, damit so etwas wie das Dritte Reich nie wieder möglich werde.

Der Name der „Weißen Rose“ steht für ihn stellvertretend für alle Menschen, die sich in der NS-Zeit trotz Gefahr für Leib und Leben gegen das Regime gestellt haben. Die sechs Hingerichteten teilten ihr Schicksal mit Gläubigen, Politikern, Mit-

Man könne über diese Zeit nicht sprechen wie über jede andere Epoche unserer Geschichte. Aus der Geschichte könne man nur lernen, wenn man sie nicht aus dem Alltagsleben verbannt. Es komme auf die Haltung an, mit der wir die Erinnerung an dieses Stück unserer Vergangenheit pflegen. Das sei sogar die ganz entscheidende Frage. Dafür brauche man Geschichtsunterricht an den Schulen und nicht etwa die Abschaffung dieses Unterrichts wie jüngst gefordert. Man brauche eben nicht ein Wegschauen auf diese Dinge, auch und gerade damit nicht jede Generation ihre eigenen Erfahrungen sammeln muss. „Aus Schweigen entsteht Verschweigen. Es geht um die Situation heute für Menschen, die in Not sind. Mitleiden rettet uns“.

Patrick Weber, Pressereferent